Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 93 (1999)

Heft: 1

Artikel: "Der Plan, das Planen zu beenden" - Zur Geschichte des Neoliberalismus

Autor: Walpen, Bernhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144147

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bernhard Walpen

«Der Plan, das Planen zu beenden» – Zur Geschichte des Neoliberalismus

Der folgende Beitrag von Bernhard Walpen schildert einen wichtigen Teil der Geschichte des Neoliberalismus mit dem Brennpunkt auf einer insgesamt eher unbekannten Gesellschaft, der im April 1947 gegründeten Mont Pèlerin Society (MPS). Das erfolgt aus mehreren Gründen. Zunächst geht es dem Verfasser darum, den Neoliberalismus selber historisch zu verankern, denn dessen Tradition ist älter, als die aktuelle Konjunktur des Begriffs vermuten lässt. Im weiteren besteht ein innerer Zusammenhang zwischen dem Neoliberalismus und der MPS. Die Geschichte dieser Gesellschaft bildet für die Linken ein Lehrstück in Sachen Hegemoniegewinnung und erfordert im weiteren eine selbstkritische Auseinandersetzung mit sozialistischen Traditionen. Der methodische Ansatz des Verfassers orientiert sich vor allem an Antonio Gramsci, bezieht aber auch Instrumentarien von Pierre Bourdieu und Michel Foucault mit ein. – Bernhard Walpen hat Theologie und allgemeine Sprachwissenschaft studiert. Während sieben Jahren arbeitete er als Systemingenieur bei IBM. Nebst seiner Tätigkeit als Hausmann schreibt er zur Zeit eine Dissertation über die Mont Pèlerin Society in den Sozialwissenschaften. Der Autor ist auch Mitarbeiter am «Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus» (hg. von Wolfgang Fritz Haug). *Red.*

Ende des Neoliberalismus?

Seit einigen Jahren ist «Neoliberalismus»[1] zu einem *Sammelbegriff* geworden, der vor allem oppositionellen Bewegungen und Parteien dazu dient, gegnerische Positionen negativ zu etikettieren. Die *Zapatistas* setzten «Neoliberalismus» erfolgreich gegen die «Menschheit» ab, indem sie 1996 und 1997 zu den beiden «Internationalen Konferenzen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus» einluden. Aufgrund des internationalen Ansatzes dieser Konferenzen gelang es, die Themenstellung in vielen Solidaritätsbewegungen zu verankern. Zumindest ist es linken Kräften gelungen, auf der Ebene der Begrifflichkeit einen einstmals positiv besetzten Begriff negativ zu wenden. Das ist bei den Neoliberalen nicht unbemerkt geblieben. In *Lateinamerika* reagierten die Anhänger eines marktradikalen Kapitalismus, indem sie den Neoliberalismus als «Gespenst» einführten. Das Buch «El fantasma del neoliberalismo» (Das Gespenst/Trugbild des Neoliberalismus) von *Luis Pazos* erklärt den Neoliberalismus schlicht als inexistent. Bislang habe er noch gar nicht die Möglichkeit gehabt, überhaupt realisiert zu werden. Eine andere Strategie verfolgen die Neoliberalen in *Europa*. In diesem Jahr nahm sich die NZZ dieser Thematik in drei Beiträgen an. Insbesondere *Gerhard Schwarz,* Leiter des Wirtschaftsressorts und Mitglied der MPS, versuchte die negative Darstellung des Neoliberalismus zu berichtigen («Die Mär vom ‹Neoliberalismus›», NZZ, 11./12.4.98).

Aufgrund der immer deutlicher werdenden *Krisenhaftigkeit* des weltweiten Zusammenspiels der ökonomischen Bereiche, die sich vor allem im Finanzkapital am deutlichsten abzeichnet, wird die neoliberale kapitalistische Akkumulations- und Regulationsweise vermehrt kritisiert. Dabei reicht das Spektrum von besorgten libe-

ralen Frauen und Männern bis hin zu entschiedenen antikapitalistischen Aktivistinnen und Aktivisten. Weitgehend Einigkeit herrscht dabei darüber, dass der Neoliberalismus in den letzten 25 Jahren entstanden und zur herrschenden Doktrin geworden sei. *Res Strehle* sieht ihn «schon am Ende» (Die Weltwoche, Nr. 43, S. 42–45). In seinem Pamphlet gegen den Neoliberalismus rechnet auch *Werner Vontobel*[2] die ehemalige britische Premierministerin Margret Thatcher und den früheren US-Präsidenten Ronald Reagan zu den politischen Verkörperungen des Neoliberalismus. Auf der intellektuell-ideologischen Ebene seien dies insbesondere Friedrich August von Hayek und Milton Friedman. Vontobel warnt jedoch vor einer Verwechslung: «Die neoliberale Schule darf allerdings nicht mit ihrem ordoliberalen Pendant verwechselt werden, für welches vor allem die deutschen Begründer der sozialen Marktwirtschaft stehen: Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack oder Ludwig Erhard.» Der Ordoliberalismus sei «nicht grundsätzlich gegen den Staat und gegen die Politik. Er lehnt im Gegenteil den Laisser-faire-Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts deutlich ab.»

Hegemonialer Einfluss

An diesen Darstellungen ist richtig, dass der Neoliberalismus seit ungefähr 25 Jahren an Bedeutung wie Einfluss gewonnen hat und schliesslich in Regierungsprogrammen umfassend realisiert worden ist. Doch er fiel nicht plötzlich vom Himmel, als die keynesianischen Rahmenbedingungen in eine Krise geraten waren. Nach jahrzehntelangen Vorarbeiten traten die Neoliberalen mit einem ganzen Set von Theorien und Ideologien hervor, die in sich sehr überzeugend klangen. *Milton Friedmans Rezepte* zur Aufhebung des Goldstandards und der Zerschlagung des Systems fixer Wechselkurse wurde zu Beginn der 70er Jahre von der *US-Regierung* aufgenommen – und die *«monetaristische Konterrevolution»* war erfolgt. Ein weiterer Schritt, die bislang in akademischen Kreisen diskutierten ökonomischen Theorien der Neoliberalen anzuwenden, gelang nach dem blutigen Sturz der Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende im September 1973. Die *Diktatur Pinochets* bot den geeigneten Rahmen, um Chile ab 1975 in ein «Versuchslabor» zu verwandeln, wozu es eines «Schockprogramms» bedurfte. In den folgenden Jahren war Chile das gelobte Land der marktradikalen Intellektuellen. Für die Mehrheit des chilenischen Volkes wurde der «eiserne Käfig der Freiheit» (Andrew Gamble) aber deutlich spürbar.

Auf der symbolischen Ebene war die Verleihung des *sog. Wirtschaftsnobelpreises* 1974 an Hayek und 1976 an Friedman ein bedeutender Erfolg. Wichtig im Zusammenhang mit diesem Preis ist die Tatsache, dass es sich nicht um einen von Nobel gestifteten Preis handelt. Er wurde erst 1968 in Anlehnung an die eigentlichen Nobelpreise der exakten Wissenschaften von der Schwedischen Reichsbank ausgelobt. Wenn man sich das Preiskomitee anschaut, ist es kein Zufall, dass der Preis mehrheitlich an neoliberale Intellektuelle vergeben wird. Lange Zeit war *Erik Lundberg*, seines Zeichens MPS-Mitglied, Vorsitzender des Preiskomitees, und sein Nachfolger ist der Marktradikale *Assar Lindbeck*. Schliesslich erlangte der Neoliberalismus 1979 mit der *Wahl Thatchers* zur Premierministerin politische Bedeutung.

Die Anfänge des Neoliberalismus liegen weit zurück, und seine Geschichte dauert nicht 25, sondern 60 Jahre. Das entgeht sowohl Strehle als auch Vontobel. Neoliberalismus ist zudem nicht nur auf das ökonomische Feld bezogen, sondern umfasst alles Gesellschaftliche. Das drückt *Andreas K. Winterberger* deutlich aus: «Eine grosse Gefährdung der liberalen Ordnung lag und liegt ferner darin, dass vielen Menschen das Verständnis dafür fehlt(e), dass die *freiheitliche Ordnungsidee ganzheitlich Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und den Kulturbereich prägt.*»[3]

Von Anfang an hat der Neoliberalismus seinen Einfluss umfassend durchsetzen wollen. Inzwischen ist ihm das auch weitgehend gelungen. Er hat Teile des Alltags-

verstandes umgeformt, indem er *neue Normen* und *Massstäbe* als gültig und allgemein durchsetzte. Das Bewertungssystem ist in vielen Bereichen des Alltagslebens verändert worden. Der individualistische Lebensstil «bewährt» sich lebenspraktisch im Alltag vieler Frauen und Männer. Dabei bieten neoliberale Selbstpraktiken auch Erklärungen für Versagen und menschliches Unglück. Zunächst sind die Menschen vor allem für sich verantwortlich, Gelingen und Misslingen in sozialen Bereichen hängen zu grossen Teilen von ihnen selbst ab. Sprüche wie «Wer arbeiten will, kann arbeiten» oder «Der Aufschwung beginnt im Kopf» beinhalten diffuse Handlungsformen, die von den Agierenden selbsttätig ausgeformt werden (müssen).

Aufgrund seines *breiten Einflusses* ist der Neoliberalismus seit etlichen Jahren hegemonial. Er erhält nicht nur die Unterstützung der kapitalistischen Eliten und ihrer Interessenagenturen, sondern auch von Unterdrückten, Ausgeschlossenen, Alternativen, sozialdemokratischen Parteien u.a. Wenn diese Analyse zutrifft, bedeutet es, dass wir es aktuell nicht mit dem Ende des Neoliberalismus zu tun haben, sondern nur damit, dass in die hegemonialen Verhältnisse etwas Bewegung gekommen ist.

Das Fanal von Paris

Ab den 20er Jahren dieses Jahrhunderts geriet der bisherige Liberalismus in eine *massive Krise*. Dabei verlor er jegliche Anziehungskraft für breite Teile der Bevölkerung in beinahe allen bedeutenden kapitalistischen Ländern. «Laissez-faire» und «Manchestertum» waren zu Schimpfwörtern geworden, auf die sich die Liberalen nicht mehr beziehen konnten, wenn es ihnen um politischen Einfluss zu tun war. Im Verlauf der 30er Jahre kritisierten besorgte Liberale nicht nur die dominanten Theorien von *Keynes,* die US-amerikanische Politik des *New Deal* und das, was sie als *«Totalitarismus»* bezeichneten, sondern auch Teile des *Liberalismus*.

1938 haben sich verstreute liberale Intellektuelle erstmals zusammengefunden, um über die aktuellen Probleme zu diskutieren. Das zentrale Ereignis des Neoliberalismus stellt das *«Kolloquium Walter Lippmann»* dar, das Ende August 1938 in Paris stattfand. Dort wurde ausführlich über einen neu einzuführenden Begriff und das entsprechende Konzept debattiert. Dabei setzte sich unter den 26 Männern (u.a. Hayek, der US-Soziologe und Journalist Walter Lippmann, Ludwig von Mises, Wilhelm Röpke und der französische Ökonom Louis Rougier) schliesslich *Neoliberalismus als Begriff* durch. Damals war die Kritik des Laissez-faire ein wichtiges Element zur Erneuerung des Liberalismus. Lippmann bereitete die Diskussionsteilnehmer auf einen langfristigen Einsatz für den Neoliberalismus vor, bei dem es vor allem darum gehe, Denkweisen, Wahrnehmungsformen und Bewertungsmassstäbe in bezug auf den Kapitalismus zu verändern. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs kamen diese neoliberalen Ansätze zum Erliegen.

Das Fanal von Paris trugen vor allem Hayek, Röpke und der Schweizer William Rappard weiter, der am Kolloquium zwar nicht teilnehmen konnte, über dessen Vorbereitung wie auch die Resultate aber bestens informiert war. Nach dem Ende des Weltkriegs nahmen einige Intellektuelle die Beziehungen zueinander wieder auf. Nach längeren Abklärungen wurde schliesslich zur Konferenz auf dem *Mont Pèlerin,* oberhalb von Vevey gelegen, geladen. Der Ort des Treffens ist von *Rappard* vorgeschlagen worden. Den grössten Teil der Organisation und einen beträchtlichen Teil der Beschaffung von Finanzmitteln übernahm der Schweizer *Albert Hunold*.

Dieses erste Treffen der MPS fand in einer Situation statt, die für die Neoliberalen schier hoffnungslos erschien, darin ähnlich derjenigen der Linken heute. *Karl Popper* drückte es so aus: «Die gegenwärtige Situation ist eine, in der wir beinahe verschwinden.» Auch Hayek sah sich und die Seinigen in der «Isolation». Dagegen galt es zunächst einmal, alle «wahren Liberalen» (Hayek) weltweit zu sammeln, damit die einzelnen sehen konnten, dass sie nicht ganz alleine waren. Vom 1. bis

10. April 1947 fand im «Hotel du Parc» auf dem Mont Pèlerin das lang ersehnte Treffen der verstreuten Liberalen statt. Es diskutierten 39 Teilnehmer aus den Bereichen Universität (vor allem Ökonomie), Publizistik (vertreten waren u.a. die *Newsweek*, *Dagens Nyheter* und *Readers Digest*) und Politik, mit einem deutlichen Schwergewicht auf Seiten der Wissenschaft. Die Teilnehmenden stammten aus 9 Ländern (USA 17, Grossbritannien 8, Schweiz und Frankreich je 4, Deutschland, Belgien, Schweden, Norwegen und Dänemark je 1). Zu den *Gründungsmitgliedern* zählten u.a. Walter Eucken, Milton Friedman, Friedrich August von Hayek, Bertrand de Jouvenel, Ludwig von Mises, Karl R. Popper, Lionel Robbins und George J. Stigler. Das erste Treffen dieser illustren Schar wurde von Schweizer Industriellen, der Bank of England und dem Volker Fund in den USA finanziell unterstützt.

Verschwörungstheorien helfen nicht weiter

Einer weitverbreiteten Verschwörungstheorie ist im Zusammenhang mit der MPS zu widersprechen. Es ist zwar nicht eben leicht, Mitglied zu werden, weil ein entsprechendes Vorschlagssystem und Aufnahmeverfahren dafür sorgt, dass Mitglied nur werden kann, wer in etwa den Grundsätzen zustimmt und über zwei Protektoren verfügt. Doch das allein und die Tatsache, dass *bedeutende Persönlichkeiten* Mitglieder waren und sind (z.B. Ludwig Erhard, Luigi Einaudi, Vaclav Klaus, Margret Thatcher), ist kein Grund, von einer verschwörerischen Gemeinschaft zu sprechen. Von Anfang an informierten Mitglieder über die Aktivitäten. Die NZZ berichtet(e) beinahe über jedes Treffen.

Ein verschwörungstheoretischer Ansatz gegenüber der MPS ist nicht nur falsch, sondern gerade für eine *linke Politik* auch *gefährlich*. Er unterstellt erstens eine Art Allmacht, die so nicht gegeben ist, denn das, was die Utopisten aushecken, wird durch die Vielfalt der Wirklichkeit auch wieder gebrochen. Anstatt konkret die mühsame Arbeit der Recherche durchzuführen, wird das Motiv der Geheimgesellschaft vorgeschoben, das als Grund dient, nicht zu recherchieren. Und schliesslich wird die politische Debatte nicht geführt, sondern durch den Verweis auf das Geheime verhindert. Im Falle der MPS dient ein solches Vorurteil mehr dem Neoliberalismus als den kritischen Bewegungen.

Auch die interne Entwicklung der MPS verlief entlang von konfliktgeladenen Kräfteverhältnissen und nicht nach dem geheimen Drehbuch irgendwelcher «Übermenschen». Bedingt durch das relativ breite Spektrum, das die MPS in den ersten 15 Jahren aufwies, waren heftige intellektuelle Uneinigkeiten unvermeidlich. Vor allem *zwei Linien* lassen sich ausmachen: einerseits die intellektuelle Linie, die eher den utopistisch-theoretischen Weg verfolgen will, um die hegemonialen Verhältnisse grundlegend und langfristig zu verändern; andererseits die Linie derjenigen, die direkter politisch und öffentlich intervenieren möchten. Dieser interne Interessengegensatz verschärft sich Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre massiv und führt die MPS an den Rand einer Spaltung. Letztendlich behält die erste Linie durch etwas Glück und den Positionswechsel einiger bedeutender Mitglieder (vor allem Ludwig Erhards) die Oberhand.

Nach der intellektuellen Linie bildet die MPS eine Art *Debattierclub,* in dem das Agenda-Setting im wissenschaftlichen Bereich stattfindet. So hat sich die Gesellschaft nie zu politischen Aussagen hinreissen lassen. Die Einmischung in die Politik erfolgt in der je eigenen Verantwortung der Mitglieder, jedoch niemals im Namen der MPS. Schon früh erkannte daher Hayek die Notwendigkeit weiterer Institutionen. Er wirkte wesentlich mit an der Gründung des *Institute of Economic Affairs* 1955, einem Think-Tank der für den *Thatcherismus* eine nicht unerhebliche Rolle spielte. Neben ihm waren vor allem *Anthony Fisher* und *Ralph Harris,* beide zudem MPS-Mitglieder, an der Gründung und Leitung des Instituts beteiligt. Danach reiste Fisher buchstäblich um den Globus in Sachen Think-

Tank-Gründungen, um die Welt mit Instituten des Marktradikalismus zu «verunreinigen» (Cockett). Viele der Intellektuellen wirken als «go-between» zwischen den Think-Tanks oder auch zwischen Think-Tanks und MPS. Die Aufgabe dieser «Vermittler» ist es, Themen und Agendapunkte zu kommunizieren sowie personelle Netze zu knüpfen. Die MPS ist als ein *transnationales Elitenetzwerk* zu verstehen oder, wie es Cécile Pasche und Suzanne Peters treffend sagen, als ein «Netz der Netze».

Langfristige Strategie der Hegemoniegewinnung

Die Diskussionsthemen in der MPS deckten – und decken bis heute – ein breites Spektrum ab. Von «Freiem Unternehmertum» und Wettbewerbsordnung, Liberalismus und Christentum, Gewerkschaften, Armut und Einkommensverteilung, Chancen der europäischen Integration, Geschichtsschreibung des Kapitalismus, Vollbeschäftigung, Landwirtschaftspolitik und aktueller politischer Krise bis zur Intellektuellenproblematik wurde bereits 1947 ein sich weit über den engeren ökonomischen Bereich erstreckender Fragenkomplex behandelt. Das weitgesteckte Ziel der MPS ist die *Durchsetzung des Marktradikalismus* als dominantes, wenn nicht absolutes Prinzip sozialer Organisation. Im Zentrum des von ihnen propagierten *Liberalismus* steht eine Freiheit, die zu einem wesentlichen Teil ökonomisch bestimmt ist, insofern ihre conditio sine qua non durch Markt, Wettbewerb und Privateigentum an Produktionsmitteln bestimmt wird. Der Absicherung dieser Freiheit dienen die Institutionen des Rechts und des Staates, *law and order*.

Ins Zentrum der sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfe rückten von Anfang an die Gewerkschaften und der Marxismus/Sozialismus. Drei Vertreter des Neoliberalismus haben sich dieser Aufgabe schon früh angenommen: Hayek in *Der Weg zur Knechtschaft* (1944), von Mises in *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus* (1922) und Popper in *Das Elend des Historizismus* (1944/45) und in *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* (1945). In der Nachmittagssitzung des ersten Tags des MPS-Gründungstreffens dürfte Hayek die Bedingungen für eine erfolgreiche liberale Erneuerung klar benannt haben: «Wenn daher irgend eine Hoffnung auf Rückkehr zu einer freien Wirtschaft bestehen soll, muss die Frage, wie die Macht der Gewerkschaften, sowohl im Gesetz als auch tatsächlich, entsprechend eingeschränkt werden kann, eine der allerwichtigsten sein, der wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.»[4]

Im Namen der Allgemeingültigkeit einer sog. freien Wirtschaft artikuliert Hayek ein *klassenmässiges Sonderinteresse* des Kapitalismus. Die Zerschlagung der Gewerkschaftsmacht gilt als der «in vieler Hinsicht kritischste, schwierigste und heikelste Teil unserer Aufgabe», vor allem, weil es darum gehe, «ein geeignetes Programm der Arbeiter- und Gewerkschaftspolitik aufzustellen». Die *Eindämmung der Gewerkschaften* wird zur Schlüssel- und Schicksalsfrage des Neoliberalismus à la MPS, wie es der einleitende Konditionalsatz oben deutlich zeigt («Wenn daher irgend eine Hoffnung...»). Der im Umfeld der MPS weiterentwickelte Neoliberalismus, spätestens 1945 von Röpke als Begriff auch im deutschen Sprachraum eingeführt, charakterisiert sich durch diese Doppelbewegung der Erneuerung des Liberalismus und des Kampfes gegen alles, was unter «Kollektivismus» (Kartelle, Gewerkschaften, Keynesianismus, Marxismus, Sozialismus, Sozial- und Wohlfahrtsstaat) eingereiht wird. Geführt werden diese Debatten zunächst vor allem auf dem wissenschaftlichen Feld.

Es war insbesondere Hayek, der unablässig eine langfristige Strategie zur Hegemoniegewinnung anstrebte und thematisierte. Auch wenn er den Begriff Hegemonie selbst nicht verwendet und auch nicht über eine entsprechende Theorie verfügt hat, so ist dieser der Sache nach bei ihm gegeben. Sein Ansatz galt dem «Meinungsklima» und dem «Alltagsverstand», die Ende der 40er Jahre nach seiner Überzeu-

gung zutiefst «kollektivistisch» waren. Diese sollten im Verlauf von *ein bis zwei Generationen* in eine liberale Richtung verändert werden. Dazu mussten nicht nur die Intellektuellen, sondern auch die Eliten selber erzogen werden.

Die Kritik des *Laissez-faire-Prinzips* ist ein entscheidender Ausgangspunkt der Neoliberalen. Kritisiert wird dabei die negative Staatskonzeption des «Nachtwächterstaates» im «Paläo-Liberalismus», wie *Alexander Rüstow* den vergangenen Liberalismus nennt. Im Zentrum steht zwar nach wie vor das Verständnis eines sich selbst regulierenden Marktes. Die dominante Form des Neoliberalismus entwikkelt jedoch eine antinaturalistische Konzeption von Markt und Konkurrenz, in der sich die Marktordnung nur einstellen kann, wenn sie vom Staat garantiert und im Bedarfsfall gegen andere Interessen verteidigt wird. Der Staat erscheint als eine Art transzendentale Begründung und Sicherung des Marktes. Wie der Markt in einer utopistischen Reinheit proklamiert wird, so auch der Staat. Als Nicht-Markt begründet er den Markt und übernimmt zugleich dessen Massstäbe, die auch für ihn gelten, insofern er nur die Abweichung vom reinen Markt zu ahnden oder zu korrigieren hat.

Um den «Kampf um die Köpfe» erfolgreich führen zu können, ist es nach Hayek wichtig, die *«Second-hand Ideenhändler»* (in den Medien und zum Teil auch in der Politik) zu gewinnen. Ihnen kann die neoliberale Denkweise bei allem wissenschaftlichen Gehaben, mit dem Mitglieder der MPS auftreten, ein *einfaches Wirklichkeitsverständnis* anbieten. Die Grundstruktur baut auf einer Reihe von *Dualismen* auf, wie Markt/Staat, Individuum/Gesellschaft, offene/geschlossene Gesellschaft, wobei jeweils der erste Begriff positiv und der zweite negativ bewertet ist. Von der wissenschaftlichen Methode her gesehen, ist die Verwendung von Dualismen, die zudem noch über eine moralische Wertung definiert werden, ein sehr problematisches Vorgehen. Für die politischen Auseinandersetzungen sind diese Dualismen jedoch ein sehr beliebtes und wirksames Instrument.

Neoliberalismus im Plural

Der heute existierende Neoliberalismus bildet ein widersprüchliches Ensemble von ökonomischen Theorien, staatlichen Politikformen und Unternehmensstrategien, die sich auch innerhalb der MPS wiederfinden. Sie basieren alle auf den Grundsätzen von freiem Markt, Privateigentum an Produktionsmitteln und Wettbewerb. Dazu gehören die Vertreter des libertären Kapitalismus und des Anarchokapitalismus, die *gegen den Staat schlechthin* kämpfen. In der Anfangszeit war der führende Kopf dieses Flügels *Ludwig von Mises*. Ein anderer Teil fordert einen Staat, der vor allem für die Gesetzgebung und die Einhaltung der *Rahmenordnung* notwendig ist. Den Massstab in sozialen Belangen bilden das Privateigentum und der Vertrag. *Hayek* ist ein Vertreter dieses staatlich abgesicherten Neoliberalismus. *Milton Friedman* wiederum vertritt eine modifizierte Form von Laissez-faire und starkem Staat.

Eine weitere Variante des Neoliberalismus entwickelt die *Humankapitaltheorie*. Ihr Ansatz besteht darin, das Ökonomische zu verallgemeinern, es auf das Soziale auszuweiten und dieses zugleich ökonomisch zu rekonstruieren. *Gary Becker* von der Universität Chicago nennt dieses Konzept stolz den «ökonomischen Imperialismus». Becker begründet einen Radikalökonomismus, insofern sich nach ihm alles Menschliche nach Angebot und Nachfrage verhält, sei das Kriminalität, Familie oder Sexualität. Auch Staat und Regierung werden nach dem Grundgesetz von Angebot und Nachfrage bewertet. In den Worten Foucaults handelt es sich dabei um «eine Art permanentes ökonomisches Tribunal».

In der *Freiburger Schule,* dem sog. Ordoliberalismus, tritt eine Form des Neoliberalismus in Erscheinung, die das menschliche Handeln einführt, um die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs und des Marktes zu optimieren. In der Situation Westdeutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellte der Ordoliberalismus sich die Aufgabe, «liberale, freiheitliche Ordnungen» (Müller-Armack) aufzu-

bauen, die die Märkte optimieren, nicht jedoch binden sollten. Auf der einen Seite wurde die Ökonomisierung des gesamten sozialen Feldes betrieben, auf der andern Seite eine «Vitalpolitik» (Rüstow) verfolgt, um die negativen Auswirkungen der Ökonomie durch politische Massnahmen aufzufangen.

Es ist wichtig, diese hier nur kurz ausgeführte *Pluralität* festzustellen, weil mit ihr eine geschickte Form von Intervention in aktuelle Debatten geführt werden kann. Wird Neoliberalismus beispielsweise pauschal angegriffen, weil er gegen Staat und Politik sei, kann dem leicht widersprochen werden. Exemplarisch macht das *Gerhard Schwarz,* indem er mit Rückgriff auf Hayek und Röpke argumentiert, dass der Staat, in gewissen Formen sogar der Sozialstaat, eine Rolle im Neoliberalismus spiele. Über die staatsfeindlichen Positionen im Neoliberalismus wird jedoch nicht gesprochen. Es ist wie im Beispiel von Hase und Igel: Der neoliberale Igel ist immer am Ziel, während sich der soziale Hase zu Tode wetzt. Oder anders gesagt: In den Blick muss die Anordnung genommen werden. Das Zusammenspiel von marktradikalen Utopisten, pragmatischen Intellektuellen und Politikern erweist sich als sehr erfolgreich. Gerade weil es innerhalb der MPS unterschiedliche intellektuelle und pragmatische Positionen gibt, ist überhaupt die Möglichkeit gegeben, hegemonial zu wirken.

Soziale Marktwirtschaft?

Vor dem Hintergrund eines vielstimmigen Neoliberalismus wären einige Debatten genauer zu bedenken. Das Lob aus den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie und der Grünen für Ludwig Erhard und die «Soziale Marktwirtschaft» bei dessen 100. Geburtstag wäre genauer zu untersuchen. Es ist eines, wenn Hayek vehement gegen das Wort «sozial» spricht und es zum Unsinn erklärt. Ein anderes ist es, sich auf den Begriff «Soziale Marktwirtschaft» zu beziehen, weil er im Gegensatz zu den marktradikalen Varianten das Wort «sozial» im Titel führt. Die Vertreter der «Sozialen Marktwirtschaft»: Eucken, Röpke, Erhard, Alfred Müller-Armack und Franz Böhm – diese alle übrigens Mitglieder der MPS –, hatten gewiss eine andere Auffassung von «sozial» als Hayek. Doch ob diese Variante für ein linkes Projekt besser ist, möchte ich bezweifeln. 1957 erklärte Müller-Armack, dass der Begriff «Soziale Marktwirtschaft» etwas unglücklich gewählt sei, denn die freie Marktwirtschaft sei schliesslich aus sich heraus sozial. Wie Erhard meinte er aber, es sei ideologisch notwendig, den Begriff zu verwenden, auch wenn er letztlich pleonastisch (ein weisser Schimmel) sei. Das Ziel ist die Durchsetzung der «freien Marktwirtschaft», wozu in Westdeutschland nach dem Weltkrieg das Wort «sozial» wichtig war. Bedingt durch die Situation des «Wiederaufbaus» und dank der finanziellen Hilfe durch den Marshall-Plan waren Voraussetzungen für eine massive Produktivitätssteigerung gegeben, ohne die das «Wirtschaftswunder» nicht erklärbar wäre. Zudem darf die «Systemkonkurrenz» mit den «sozialistischen Staaten» nicht vergessen werden. Diese Auseinandersetzung zwang die kapitalistische Wirtschaft zu sozialen Zugeständnissen.

Ebenfalls interessant ist das Zusammenspiel der Position von Röpke u.a. mit jener von Becker und Friedman. Im *Entwurf Röpkes* ist der Markt jener Mechanismus, der Machtkonzentration, Monopole und Kartelle verhindert. Wenn das nicht der Fall ist, könnten theoretisch Staatseingriffe in den Markt vorgenommen werden, um das Gleichgewicht wiederherzustellen. Aber jedes Mal, wenn es zu Megafusionen, Riesenübernahmen und Marktmonopolen kommt, jubeln die meisten Neoliberalen und denken nicht im entferntesten an einen korrigierenden Eingriff des Staates. Hierbei wird unausgesprochen auf Gary Bekkers Behauptung zurückgegriffen: «Es mag eher vorteilhafter sein, ökonomische Monopole nicht zu regulieren und deren negativen Effekte zu erleiden, als zu regulieren und die politischen Unvollkommenheiten zu erdulden.»

Auch bei der ideologischen Darstellung

des Marktes bieten MPS und Neoliberalismus *unterschiedliche Konzepte* an. Eines ist der Markt als *Naturprozess,* der das Gleichgewicht unter den wirtschaftenden Subjekten herstellt, wenn er nicht behindert wird. Wieder ein anderes ist der Markt als zwar *nicht perfektes Instrument,* aber das einzig reale, wie das seit langer Zeit *Israel Kirzner* (ebenfalls MPS) vertritt. Im Gegensatz zu *Franz J. Hinkelammert* (NW 9/1998) wäre festzustellen, dass der «zynische Kapitalismus» nicht die neueste Form ist, wie sich der Kapitalismus präsentiert. So wichtig es ist, diese propagierten Markt-Ideologien zur Kenntnis zu nehmen und zu kritisieren, so problematisch wäre es, sie als neueste Entwicklung zu präsentieren. Im Umfeld der MPS finden sich einige Intellektuelle, die diese «zynische» Variante schon seit langer Zeit vertreten. Im übrigen hat der zynische Kapitalismus die andern ideologischen Varianten nicht einfach abgelöst, wie es der Beitrag von Hinkelammert anzudeuten scheint, sondern sie werden in den intellektuellen und politischen Debatten auch weiterhin verwendet.

Lehren für die Linke

In diesem Beitrag ging es mir vor allem darum, die MPS und die Geschichte des Neoliberalismus etwas bekannter zu machen. Welche Lehren ergeben sich daraus für eine kritische linke Bewegung? Im Beitrag von Perry Anderson finden sich dazu einige wichtige Punkte. Er meint, dass linke Bewegungen ein *radikales demokratisch-solidarisches Projekt* vertreten sollten, unabhängig davon, wie «realistisch» oder «pragmatisch» dieses heute erscheinen würde. Hätten sich die Neoliberalen zu Beginn ihres aufhaltsamen Aufstiegs zur Macht auf den Pragmatismus berufen, wären sie wahrscheinlich im pragmatischen Rahmen des Keynesianismus stecken geblieben. Ohne Utopie und Antizipation bleiben soziale Initiativen in den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen befangen. Das wusste auch Hayek, als er 1947 ein «liberales Utopia» einforderte.

Um eine *linke Diskussionskultur* zu befördern, wären Themen zu unterschiedlichen Bereichen (Kultur, Politik und Wissenschaft) in einer lebendigen und offenen Debatte aufzugreifen. Dazu zählen der gesamte Staatskomplex (Rechtsstaat, Wohlfahrtsstaat, Staat im allgemeinen), der vieldeutige Begriff des Marktes, Freiheit als Form von Selbsttätigkeit, eine politische Kultur jenseits einer dualistischen Anordnung usw. Wichtig scheint mir dabei, dass besonders das Thema «Staat und Markt» radikal angegangen wird. Als Leitlinie könnte eine *solidarische, gleichberechtigte Gesellschaft* dienen, die den Freiheitsraum der einzelnen erweitert und die Selbsttätigkeit befördert. Das bedarf einer sozialen Absicherung aller, damit sie sich nicht dem Zwang irgendwelcher Mächte beugen müssen. Ohne einen regulatorischen Rahmen ist eine Gesellschaft, die sich an diesen Leitlinien orientiert, nicht zu haben.

1 Als Einstieg in das Thema seien folgende Arbeiten angeführt: Perry Anderson, Jenseits des Neoliberalismus. Bilanz und Perspektiven für die Linke, in: MOMA, 1998, H. 2/3, S. 33–42; Richard Cockett, Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931-1983, London 1995 (überarb. Aufl.); Cécile Pasche u. Suzanne Peters, Les premiers pas de la Société du Mont-Pélerin ou les dessous chics du néolibéralisme, in: Les Annuelles, 1997, Nr. 8, S. 191–230; Kees van der Pijl, The Second Glorious Revolution: Globalizing Elites and Historical Change, in: Björn Hettne (Hg.), International Political Economy. Understanding Global Disorder, London-New Jersey 1995, S. 100–128; Dieter Plehwe u. Bernhard Walpen, Marktradikale think tanks und Stiftungen. International organisierte und institutionalisierte Diskursagglomeration als Kräfteaggregat der neuen Rechten, in: Forum Wissenschaft, 1998, H. 1, S. VI-IX.

2 Die Wohlstandsmaschine. Das Desaster des Neoliberalismus, Baden-Baden/Zürich 1998. Auch wenn ich Details kritisiere, ein wichtiges Buch für aktuelle politische Debatten.

3 Von der liberalen Demokratiekritik zur liberalen Verfassungsreform – oder: Kann der Parteienstaat gebändigt werden?, in: Roland Baader (Hg.), Wider die Wohlfahrtsdiktatur, Gräfelfing 1995, S. 203.

4 Friedrich August von Hayek (1947), «Freie Wirtschaft» und Wettbewerbsordnung, in: ders., Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Erlenbach-Zürich 1952, S. 154.